

Bericht zur Petition 130 km/h

1. Tempolimit auf unseren Autobahnen – ein Thema mit langer Geschichte

Das aus kirchlichen Kreisen und von Synoden ein Tempolimit 130 bzw. 120 gefordert wird, ist nichts Neues.

Bereits 2007 sagte der Ratsvorsitzende Bischof Wolfgang Huber in seinem Appell: es ist nicht zu spät für eine Antwort auf den Klimawandel: „Unsere derzeitige Situation trägt widersinnige Züge. Einerseits bestimmt der Klimawandel die Schlagzeilen. Andererseits werden wirksame klimapolitische Maßnahmen totgeredet und von interessierter Seite torpediert. Betroffen waren davon in jüngster Zeit beispielsweise der Vorschlag einer Kerosinsteuer, die Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung, das Tempolimit auf Autobahnen, die Ausgestaltung des Emissionshandels, ja sogar die Zielsetzung einer Begrenzung des globalen Klimaanstieges auf 2°C selbst.“

In der Kundgebung zu Klimawandel - Wasserwandel - Lebenswandel der EKD-Synodaltagung vom 02.-05.11.2008 heißt es, klimaschonende Mobilität muss gefördert werden. Im Zusammenhang der Minimierung des CO₂-Ausstoßes fordert die EKD-Synode, dass „gemeinsam daraufhin zu wirken ist, auf Autobahnen ein Tempolimit von höchstens 130 km/h einzuführen.“

Im Jahr 2009 hat die EKD eine Denkschrift (Nachhaltige Entwicklung im Zeichen des Klimawandels) zum Klimawandel herausgegeben. In dieser Denkschrift werden unterschiedliche Konsequenzen ausgewiesen. Neben der Forderung Flugreisen zu reduzieren bzw. zu kompensieren, wird der CO₂-Ausstoß bei PKW's benannt und empfohlen, ein Tempolimit vom 130 km/h auf Autobahnen einzuhalten.

Margot Käßmann hat in ihrer Rede am 08.12.2017 bei der Klimaallianz in Berlin daraufhin gewiesen: „Wir müssen nicht stolz darauf sein, dass man auf unseren Autobahnen schneller fahren darf als irgendwo anders auf der Welt. Wir sollten stolz darauf sein, wenn es gelingt ein Tempolimit durchzusetzen.“

Auch das Zentralkomitee Deutscher Katholiken fordert 2008, ein Tempolimit von 120 km/h auf den deutschen Autobahnen einzuführen.

Die Parteien haben sich ebenfalls immer wieder mit dem Thema befasst – allerdings ohne Ergebnis. Der SPD-Bundesparteitag hat sich im Herbst 2007 für ein Tempolimit von 130 km/h ausgesprochen. In der CDU hat bereits in den 80er Jahren Bundesumweltminister Töpfer ein Tempolimit ins Gespräch gebracht.

In den 90er Jahren hat sich insbesondere Klaus-Peter-Jörns mit seinem Buch „Krieg auf unseren Straßen. Die Menschen Opfer der automobilen Gesellschaft“ theologisch reflektiert für ein Tempolimit stark gemacht und am Ende des Buches einen Petitionstext gesetzt, in dem u.a. ein generelles Tempolimit auf den Autobahnen von 120 km/h gefordert wurde. Jörns hatte bereits im Jahr 1992 zum Lebensschutz den Einbau eines integrierten außengesteuerten Geschwindigkeitsbegrenzers in alle PKW's gefordert.

Die EKM hatte in ihrer Kampagne Klimawandel - Lebenswandel im Jahr 2011 empfohlen, freiwillig 130 auf Autobahnen als Tempolimit einzuhalten.

Der Appell des EKD-Ratsvorsitzenden stammt aus dem Jahr 2007, wir leben im Jahr 2019. Zusammengefasst kann gesagt werden, Appelle gibt es viele. Freilich scheinen diese, ob in Broschüren kommuniziert oder von Synoden beschlossen, wenig Wirkung zu zeigen.

2. Theologische Begründung

Als EKM fühlen wir uns dem konziliaren Prozess verbunden. Die drei Themen des konziliaren Prozesses haben in den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts viele Menschen in und am Rande der Kirche zusammengebracht. Nicht wenige Pfarrerinnen und Pfarrer sind dabei in schwere Konflikte mit den Vertretern der SED gegangen, von der Stasi beobachtet worden und teilweise aus dem kirchlichen Dienst ausgeschieden.

Im Dürre-Sommer 2018 sind wir aus den Gemeinden und von den ökumenischen Partnern gefragt worden: Wie steht die EKM zu den Folgen der Erderwärmung? Was tut sie selbst dagegen? Diese Fragen werden drängender gestellt, weil wir die ersten sind, die den Klimawandel zu spüren bekommen und zugleich die letzte Generation sind, die dagegen wirksam etwas tun kann.

Dabei kommt den Menschen in den Industrieländern besondere Verantwortung zu: Der weltweite CO₂-Ausstoß geht zu 85 % auf das Konto der reichen Länder. Brot für die Welt weist aktuell darauf hin, dass Deutschland so viel CO₂ emittiert wie ganz Afrika.

Die ersten Opfer allerdings sind die Menschen in den armen Ländern:

Bei unseren Partnerdiözesen in Tansania ist es unübersehbar. Die Wasserressourcen versiegen. In Mocambique beklagen wir die Opfer von Überschwemmungen, ähnlich ist es in Kenia (s. G&H vom 5.5.2019, S. 14). Die Völker der Tuluninseln im Pazifik suchen verzweifelt nach einer neuen Heimat, weil der Meeresspiegel steigt.

Die Bewahrung der Schöpfung verstehen wir als Auftrag (s. EKM-Verfassung Art. 2 Abs. 6). Dabei geht es um nicht weniger als die Erhaltung der Lebensgrundlagen für unsere Kinder und Enkel vor Ort, wie für die Menschen in aller Welt.

Ärgerlich sind Wortmeldungen, die bewusst Menschen, die sich im kirchlichen Kontext für die Petition einsetzen als Vertreter einer grünen Selbsterlösungsreligion verunglimpfen. Der inquisitorische Blick auf Handlungen aus Glaubensüberzeugungen erlebt offenbar fröhliche Urstände.

Selbstkritisch müssen wir wahrnehmen, dass die Bewahrung der Schöpfung nicht in allen unseren Gemeinden ein Thema ist. Erschreckend ist weiterhin die strikte Leugnung von Klimaveränderungen, während die Staatengemeinschaft sich längst darauf verständigt hat, diese anzuerkennen.

3. Was ist eine Petition?

Die Richtlinie für die Behandlung von öffentlichen Petitionen gemäß Ziffer 7.1 Abs. (4) der Verfahrensgrundsätze stellt fest: „Mit dieser Möglichkeit soll ein öffentliches Forum zu einer sachlichen Diskussion wichtiger allgemeiner Anliegen geschaffen werden, indem sich die Vielfalt unterschiedlicher Sichtweisen, Bewertung und Erfahrung darstellt. Dieses Forum bietet eine Möglichkeit, vorgetragene Sachverhalte und Bitten zur Gesetzgebung wie auch Beschwerden aus unterschiedlichen Sichtweisen kennenzulernen und in die eigene Meinungsbildung einzubeziehen.“

Ziel einer Petition ist, dass die gesellschaftliche Diskussion in eine parlamentarische Debatte eingespeist werden kann. Mit der Petition drückt sich also der Respekt vor dem Gesetzgeber aus, der gebeten wird, etwas zu entscheiden. Im 30. Jahr der friedlichen Revolution darf daran erinnert werden, dass sich Menschen und Gruppen auch aus beiden Vorgängerkirchen aktiv für Bürgerrechte und die Demokratie eingesetzt haben.

Der Inhalt unserer Petition wird von bestimmter Seite als Ausdruck einer radikalen Verbotskultur gedeutet (AfD/FDP). Das theologische Argument, dass die Nächstenliebe verlangt, unsere Herrschaft über die Schöpfung beherrschen zu lernen, wird dabei ausgeblendet - dies gilt auch für einen Teil der Pfarrerschaft, die in der Petition keinen Beitrag zur Bewahrung der Schöpfung, sondern lediglich kirchliches Machtgehabe sehen will. Die Aussage „Ich teile die Meinung nicht und deswegen gebe ich auch die Unterschriftenliste nicht weiter“ lässt auch mangelndes demokratisches Verständnis erkennen.

4. Zum Beschluss des Landeskirchenrates vom 07./08.09.2018 für eine Petition generelles Tempolimit 130

Der Beschluss im Landeskirchenrat wurde in Anwesenheit von 13 stimmberechtigten Mitgliedern mit 10 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen gefasst. Der Beschluss hatte unterschiedliche Aspekte:

Der Landeskirchenrat beschloss, dass die Kirchengemeinden, kirchlichen Werke, die Diakonie Mitteldeutschland zur Sammlung von Unterschriften eingeladen werden sollten.

Der Landeskirchenrat empfahl einen Masterplan zu entwerfen, um die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, das Quorum von 50.000 Unterschriften auch zu erreichen. Dafür sollten ökumenische Partner, Umweltverbände aber auch die EKD gewonnen werden.

Der Landeskirchenrat beauftragte den Leiter des Dezernates Gemeinde, in dem die Fragen des konziliaren Prozesses fachlich zugeordnet sind, die Petition im Bundestag einzureichen.

Schwerpunkt einer Petition, das war auch schon im Landeskirchenrat klar, ist die öffentliche Debatte. Sehr positiv ist an dieser Stelle zu bemerken, dass der Landeskirchenrat sachlich und durchaus kontrovers in die Diskussion eingestiegen ist. Schwerpunkt war in der Debatte wie dann auch im Petitionsfortgang selbst die Fragestellung, ob ein generelles Tempolimit tatsächlich geeignet ist, maßgeblich zum Klimaschutz und zur Verkehrssicherheit beizutragen. Ebenso wurde die Gefahr benannt, einer billigen Verbotspolitik das Wort zu reden. Gleichzeitig wurde deutlich, dass es sehr unterschiedliche Berechnungen in allen verschiedenen Studien gibt, die häufig die Interessen der einzelnen Auftraggeber widerspiegeln.

In Aufnahme der Diskussion des Landeskirchenrates sind dann die Aspekte zur Petition festgelegt worden:

- Einsparung von klimaschädlichen CO₂ in einem Umfang von ca. 2 - 2,5 Millionen Tonnen (Grundlage Bundeumweltamt)
- Verminderung des enormen Plastikabriebs von Reifen bei hohen Tempi (Hauptverursacher von Plastik im Meer)
- Vermeidung von schweren und tödlichen Unfällen auf unbegrenzten Autobahnabschnitten (Halbierung der Unfallzahlen; 140 Verkehrstote weniger)
- Rücksichtnahme auf Menschen, denen durch schnellfahrende Autos das Sicherheitsgefühl verloren geht (alte Forderung von Diakonie und Wohlfahrtsverbänden), Schallbelästigungen
- Vermeidung von unnötigen Stauaufkommen mit Einsparungen beim Bau von Autobahnen und deren Folgen

5. Zum Verlauf der Petition

Als am 14. und 16. Januar in den jährlich stattfindenden Pressegesprächen zum Start ins neue Jahr die EKM den Medien das Petitionsvorhaben vorstellte, war das Vorhaben sofort medial präsent. Die Debatte begann auch in der EKM selbst. Von ca. 200 Rückmeldungen waren 80 Prozent positiv, häufig mit der Bitte um Information zur Petition, damit diese Personen selbst tätig werden können. 20 Prozent waren kritisch bis kirchenfeindlich.

Für die Ansprache der Landeskirchen und Diözesen war erschwerend, dass der Bundestag den gewünschten Starttermin (Aschermittwoch) erst deutlich später bestätigte. Erst nach einer telefonischen Bestätigung konnten die ökumenischen Partner dann verbindlich angesprochen werden. Erfreulich war die Rückmeldung von Bischof Meister, Hannover, der festgestellt hat, dass er in der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen für eine Unterstützung der EKM wirbt. Überraschend für uns war, dass insbesondere westliche katholische Diözesen sehr schnell die Petition zu ihrem Anliegen gemacht haben. Im März hat dann die Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der EKD nach längerer Diskussion sich zustimmend zu dieser Petition geäußert. Das Kollegium in Kassel hat ausdrücklich eine Unterstützung des Vorhabens beschlossen.

Auffällig war die hohe Beteiligung von Umwelt- und Verkehrsverbänden, die über ihren Mailverteiler die Petition sehr schnell, besonders in der 1. Phase verteilt haben. Das allerdings die Petition am Ende so deutlich und klar ausgehen konnte, dürfte z.B. an der Tatsache liegen, dass openPetition in den letzten 10 Tagen unsere Petition beworben hat. Sehr interessant war dort die Diskussion, die mit der Plattform ja immer verbunden ist. Es lohnt sich, dies näher anzusehen. In der Zivilgesellschaft bis hin zur Politik hat sich die EKM Ansehen erworben, weil sie mit der Petition verdeutlicht hat, dass sie sich ernsthaft für den Klimaschutz stark macht.

In der Bilanz, muss auch gefragt werden, wen wir mit der Petition verletzt haben. Die sachlich-kritischen Stimmen sind mit Dank in die Auswertung des Petitionsvorhabens mit einzubeziehen.

Die Petition hat die Hürde von 50.000 Unterschriften deutlich genommen: Unterzeichnet haben 66.430 Menschen. Damit wird es zu einer Öffentlichen Anhörung im Petitionsausschuss des Bundestages kommen. Mit dem Ergebnis kann sich die EKM „sehen lassen“. Es gab in den vergangenen fünf Jahren 67.000 Petitionen. Nur 20 davon haben die Hürde von 50.000 Unterschriften übersprungen.

Die EKM hat mit ihrer Petition andere Initiativen ermutigt, so parents for future, die eine Petition zum Klimaschutz eingereicht und von den Erfahrungen der EKM profitiert haben.

Großer Verdienst am Gelingen der Petition liegt bei der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Hier ist hochkompetent und mit viel Engagement von allen Mitarbeitenden zum letztendlichen Gelingen der Petition beigetragen worden. Hier gibt es auch eine erhebliche Sachkompetenz, die sowohl theologisch wie auch aus umwelttechnischer Perspektive die Petition sehr gut begleitet hat.

Dankenswerterweise haben die Vertreter unserer Kirche, die auf der Thüringer Verbrauchermesse präsent waren, dieses Thema immer wieder wachgehalten. Zwei Beobachtungen sind dort wichtig:

- Mehrheitlich haben Frauen für ein Tempolimit votiert.
- Die Gespräche waren im Großen und Ganzen nicht von der Aggressivität geprägt, die wir in Facebook aber auch in E-Mails oder auch im Forum zur Petition feststellen müssen. Dies verweist auf die besondere Rolle der Social Media, die auch die Kultur der Kommunikation beeinflussen.

Die kritischsten Stimmen, sowohl in der Aggressivität als auch in der Wortwahl kamen aus der männlichen Bevölkerung, wie aus der männlichen Kirchenmitgliedschaft, vermutlich in der Altersgruppe 45 aufwärts. Hier wird teilweise nicht mit Drohungen und Verhöhnungen gespart, insbesondere natürlich die elektronische Blase Facebook hat maßgeblich zur Verschärfung der Debatte beigetragen.

Es hat auch immer wieder Austrittsdrohungen bzw. -äußerungen, „Man wollte gerade wieder in die Kirche eintreten, wird es nun aber sein lassen.“, gegeben. Hochinteressant bei den Kirchenaustrittsdrohungen ist die längere Palette (z.B. „Genderismus“, „Islamfreundlichkeit“, „grün-linke Orientierung“ u.a.) von Vorwürfen, die gegen Kirche erhoben wird.

Dies ist sehr spannend, wir sollten es uns näher ansehen. Hier scheint offenbar das Kirchenbild erheblich von unserer eigenen Wahrnehmung abzuweichen und es lohnt sich, dies nicht einfach nur zu Kenntnis, sondern auch in die Überlegungen mit einzubeziehen.

Grundsätzlich sind kritischen Stimmen bei einem solchen Vorhaben zu begrüßen, zu hören und für die Überprüfung des eigenen Standpunktes wichtig. Vielen sachlich-kritischen Anfragen haben wir geantwortet und uns für die Beteiligung bedankt.

Sorgen machen vereinzelte Rückmeldungen aus der Pfarrerschaft. Hier ist darüber nachzudenken, wie wir in aller Loyalität und Freundlichkeit mit einzelnen zum Teil auch fernmündlichen Äußerungen (das erleichtert natürlich die Debatte nicht) umgehen können.

In der Folge haben wir geplant, dass es demnächst einen Auswertungstermin geben wird. Wir haben in der EKM aber auch sonst in den Gliedkirchen der EKD kaum einen derartigen Feldversuch, wo sich Kirche schonungslos der Sicht von außen aussetzt. Die Auswertung wird im Landeskirchenrat vorgestellt werden

gez. OKR Christian Fuhrmann